

Berlin, Donnerstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich
für Berlin 7 M., 50 Pf. ohne Botenlohn,
für ganz Deutschland 9 M.,
Oesterreich 13 Kr. 82 Hll., Rußland
& Nord. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gt.

für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika u. a. Kreuzband
Gebund 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen:
für England in London bei
Aug. Siegle 20 Lime Street E.C. und
Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Telegraph-Adresse:
Börsefronte.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Diebstahl-Listen der
Preussischen Klassen-Cassette.

Allgemeine Verlosungstabellen
mit Restanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarische
Nachrichten.

Inseritions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf.
Reklamentext 1 M.

Verusprech:

Ant I, Nr. 243.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen
bei allen
Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Dom Tage.

Da bei den gestrigen Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Baugewerbes nicht erzielt werden konnte, fällt das Amt einen Schiedspruch.

Theodore Roosevelt ist auf der Durchreise nach Paris gestern in München eingetroffen und feierlich begrüßt worden.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus kam die erste Lesung der Vorlage über die Dienstpragmatik zum Abschluß. Der Entwurf wurde der Kommission überwiesen.

Das englische Unterhaus nahm alle Resolutionen, auf denen das Budget 1909/10 basiert ist, mit Mehrheiten von durchschnittlich 85 Stimmen an. Darauf wurde das Finanzgesetz für das vergangene Jahr formell wieder eingebracht.

Die österreichische Anleihe.

Man schreibt uns aus Wien:

Die parlamentarische Verhandlung über die österreichische Anleihe hat eine Wendung genommen, welche wieder einmal beweist, daß Oesterreich das Land der Unwahrscheinlichkeiten ist. Der Finanzminister hatte eine Vorlage eingebracht, durch welche er ermächtigt werden sollte, die aus den Kassenbeständen besitzenen militärischen Ausgaben im Betrage von 182 Millionen Kronen zu refundieren. Die Vorlage wurde auf's heftigste angegriffen, das Parlament weigerte sich ursprünglich sogar, sie auf die Tagesordnung zu setzen, und man mußte den Einbruch gewinnen, als ob die Mehrheit der Abgeordneten prinzipiell gegen jede Vernehmung der Schuldentlastung wäre. Da ereignete sich etwas ganz Unerwartetes. Die Gegner der Schuldvermehrung erklärten plötzlich, daß mehr Schulden gemacht werden müßten. Der Polenklub trat zuerst mit dem Vorschlage hervor und bald waren auch andere Parteien für ihn gewonnen. Motiviert wurde dieses seltsame Aufkommen in folgender Weise: Der Finanzminister hat für das Jahr 1910 ein Budget vorgelegt, das mit einem Defizit von 42 Millionen Kronen abschließt. Zur Deckung dieses Defizits und zur Sanierung der zerrütteten Finanzen der Länder hatte der Minister gleichzeitig mit dem Budget einen Finanzplan ausgearbeitet, der auf der Einführung neuer Steuern im Betrage von 74 Millionen Kronen basiert. Der Minister erklärte, daß die Aufrechterhaltung des Budgets von diesen Steuerbewilligungen abhängt. Würden die neuen Steuern verweigert, so könnte der Staat den Ländern bei Deckung ihrer Finanzen nicht beihilflich sein und wäre überdies genötigt, das Defizit durch Abstriche bei den Ausgaben auszugleichen. Der Finanzplan ist bis heute nicht erledigt und der Finanzminister hat daher seine Drohung mit den Abstrichen verwirklicht und bei allen Resorts Rückstellungen vorgenommen. Zunächst bei jenen Posten, die sich auf Neubauten, Betriebsmittelanfassungen, Fußregulierungen und sonstige produktive Investitionen erstrecken. So kam es, daß sich diese Finanzpolitik unmittelbar in einer Verminderung der industriellen Aufträge und in Arbeiterentlassungen ausdrückte. Da das Land Salzigen, als das im Staatsvoranschläge stets meist begünstigte Kronland, von dem Ausbleiben der staatlichen Aufträge besonders empfindlich betroffen wurde, kamen die Polen auf den Gedanken, die Anlehensvorlage mit den Rückstellungen in einen Konnex zu bringen. Sie argumentierten, daß der Staat, wenn er schon eine Anleihe aufnehme, auch die aus dem Budget ausgeschiedenen Investitionen im Kreditwege decken könne. Der Gedanke fand, wie gesagt, bei den Abgeordneten sehr viel Anklang. Weniger begeistert

war jedoch der Finanzminister, der dadurch in die Zwangslage gebracht wurde, eine unerbittliche Defizitanleihe aufzunehmen zu müssen. Da er sich gegen eine solche Zustimmung in seiner Budgetrede aufs heftigste gewehrt hatte, so bildete es für ihn keine geringe Verlegenheit, über diese von seinen Parteigenossen aufgerichtete Klippe hinwegzukommen. Es ist schließlich gelungen, einen Ausweg zu finden, indem man der Defizitanleihe einen anderen Namen gegeben hat. Der Name tut in diesem Falle aber nichts zur Sache. In Wahrheit handelt es sich doch um eine Defizitanleihe und alle Verkaufserlösen und Künsteleien können über diesen Sachverhalt nicht hinwegtäuschen. Freilich braucht man deswegen noch keine Jeremiaden über den Niedergang der österreichischen Staatsfinanzen anzustimmen. Der Finanzminister wird die neuen Steuern bekommen und dann wird das Budget wieder in Ordnung gebracht werden. Bedenklich wäre die Sache nur, wenn der Ausweg, den das Parlament gewählt hat, sich wiederholen und die Deckung des Defizits durch Anleihen zu einer ständigen Einrichtung werden sollte. Daran ist aber wohl nicht zu denken, denn das Parlament hat selbst den Ausnahmestempel dieser Anleihe dadurch gekennzeichnet, daß es den Minister beauftragte, die Tilgung innerhalb der nächsten Jahre durch Einstellung von Salen à 10 Millionen Kronen vorzunehmen. Was die Erhöhung des Anlehensbetrages betrifft, so fanden darüber eingehende Beratungen mit den Abgeordneten statt und da ereignete sich wieder etwas Merkwürdiges. Plötzlich kam der Finanzminister auf den Gedanken und erklärte, daß, wenn der Kredit schon erhöht werde, dies um einen Betrag geschehen müsse, der der Rede wert sei. Eine Gruppe von Abgeordneten wollte nur von 182 auf 200 Millionen gehen, aber der Minister setzte es schließlich durch, daß der Kredit mit 220 Millionen Kronen bemessen wurde. Um diesen Betrag zu beschaffen, wird eine Rentenemission von etwa 235 Millionen Kronen nötig sein. Die Sanierung der österreichischen Staatsfinanzen kommt durch die Anleihe nicht um einen Schritt vorwärts. Nach wie vor kämpfen die Länder mit Defiziten und müssen zu bedeutenden Ersparungsmaßnahmen schreiten, wie z. B. das Land Böhmen, welches die Geisteskranken aus den Heilanstalten entläßt. Nach wie vor fehlen bei den ordentlichen Einnahmen 42 Millionen und wird wahrscheinlich im Jahre 1911 eine noch stattlichere Zahl von Millionen fehlen. Dazu ist bisher noch nicht ein Heller für die neuen Dreabroughts bewilligt, die 235 Millionen Kronen kosten werden. Die Erledigung des Finanzplanes ist jetzt, wo man sie hinausgeschoben hat, noch dringlicher als früher und das Parlament wird sich endlich darüber klar werden müssen, welche neuen Steuern es dem Finanzminister bewilligen will. Bisher hat immer eine Interessentengruppe die patriotische Opferwilligkeit auf die andere abzuwälzen versucht. Die Brauer meinten, daß der Wein die Besteuerung leichter auszuhalten könne als das Bier, während die Weinproduzenten wieder auf den Spiritus verwiesen. Nur die Steuern für das mobile Kapital und für den Unternehmungsgeist fanden ungeteilte Zustimmung, und so war es schließlich naheliegend, daß ein Abgeordneter auf den Einfall kam, auch die anderen Steuern dem Kaufmannsstande aufzubürden, und zwar im Wege einer Erhöhung der Portogebühren um nicht weniger als 41 Mill. Kronen. Dieser wichtige Vorschlag hat zum Urheber den Abg. Steinwender, Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses und Referenten über die Anlehensvorlage. Vielleicht nur deshalb hat man ihm eine so große Wichtigkeit beigelegt. Aber an seine Verwirklichung ist selbst in diesem Parlamente kaum zu denken. Die Portogebühren sind erst vor wenigen Jahren unter dem heftigsten Widerstand der Geschäftswelt erhöht worden und eine neuerliche Erhöhung ließe sich wohl kaum durchsetzen. Immerhin ist ein solcher

Antrag ein Dokument für die im österreichischen Parlamente herrschenden Strömungen. Ein Abgeordneter, der seinen Beruf darin erblickt, neue Belastungen für die Bevölkerung zu erfinden, ist gewiss eine Spezialität. Zu seiner Entschuldigendung kann man nur anführen, daß er im bürgerlichen Leben Gymnasialprofessor ist, also einem Stande angehört, der niemals die Mühen, Sorgen und Verantwortlichkeiten der erwerbenden Stände kennen gelernt hat und der auch nicht weiß, wie in einem großen Betriebe selbst die kleinsten Ausgaben sich zu enormen Belastungen multiplizieren.

Telegramme.

München, 20. April. (G. T. C.) Theodore Roosevelt ist auf der Durchreise nach Paris hier eingetroffen und im Auftrage des Prinzregenten von dem General-Adjutanten General der Infanterie von Haag begrüßt worden. Außerdem waren erschienen Prinz und Prinzessin Leopold von Bayern und der amerikanische Generalkonful mit dem Konsulatspersonal.

Triest, 20. April. (G. T. C.) Die Kapitane des Oesterreichischen Lloyd haben ihre Drohung mit dem Streik sowie die Festsetzung eines Termins für die Bewilligung ihrer Forderungen fallen lassen. Auf Grund dieser einem Wünsche des Handelsministers entsprechenden Vorbedingungen wird nunmehr weiter verhandelt.

Paris, 20. April. (G. T. C.) [Melbung der Agence Havas.] Ueber den neuen Zwischenfall in Tripolis ist bisher eine Nachricht aus französischer Quelle nicht eingegangen. Dem Zwischenfall wird übrigens hier eine ernstere Bedeutung nicht beigelegt.

Petersburg, 20. April. (G. T. C.) Die während der Kommissions-Verhandlungen zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen Reichsduma und Reichsrat über die Wiederherstellung der von der Duma gestrichenen Kredite zum Bau von Kriegsschiffen — die im übrigen ergebnislos verlaufen sind — verstrichene Zeit hat der Finanzminister zur Abänderung einiger Einnahmeposten im Budget benutzt. So erwacht der Staatskassens aus dem auf den Innenmarkt gebrachten Ueberfluß der Zuckerproduktion eine Mehreinnahme von 10 1/2 Millionen und aus der im Budgetentwurf nicht vorgesehenen Vergütung seitens der Südbahnen von 2 Millionen. Der Finanzminister hat nun dem Dumapräsidenten von der Einstellung dieser Summen in das Budget Mitteilung gemacht und darauf hingewiesen, daß auch, wenn die gestrichenen Kredite für den Bau von Kriegsschiffen wiederhergestellt würden, das Budget ohne Fehlbetrag abschließen würde.

Die Reichsduma hat infolge der Erklärung des Finanzministers, er erwarte für das Jahr 1910 eine Mehreinnahme von 12 1/2 Millionen Rubel, das Budget in Einnahme um diese Summe erhöht. In derselben Sitzung wurden die Vorlagen betreffend die Errichtung von Gefängnissen in Sofia und Marokko angenommen.

Moskau, 20. April. (G. T. C.) Vor dem Appellhofe begann heute unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Verhandlung des Prozesses gegen eine Gruppe der Moskauer Organisation der Sozial-Revolutionäre. 27 Angeklagte stehen vor Gericht, unter ihnen befindet sich der englische Unterart Walfson. Die Anklage lautet auf Zugehörigkeit zu einer revolutionären Gesellschaft und zwar zum Zwecke des Umsturzes der Staatsordnung, der Einberufung einer konstituierenden Versammlung, der Errichtung einer demokratischen Republik, der Propaganda für den Terror und den bewaffneten Aufstand und sozialistischen Erziehung der Massen für den aktiven revolutionären Kampf.

Kalkutta, 20. April. (G. T. C.) Hier wird der Ausbruch von Unruhen im Gebiet von Chota Nagpur (Bengalen) befürchtet, da die Eingeborenen sich weigern, die englische Herrschaft anzuerkennen. In den betreffenden Landschaften wird die Kriegstrommel gerührt, doch ist es bisher zu direkten Feind-